

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom 04. Juni 2020 betreffend Maßnahmen zur Sicherstellung der Pflegeversorgung im Burgenland

Als einziges österreichisches Bundesland bietet das Burgenland seit 1. Oktober 2019 die Möglichkeit an, sich als Betreuungsperson von pflegebedürftigen Angehörigen bei der landeseigenen und gemeinnützigen Pflegeservice Burgenland GmbH (PSB) anstellen zu lassen. Dadurch wurde ein erster Schritt zur nachhaltigen Absicherung der Pflege im Burgenland gesetzt. Ein weiteres Novum ist das seit Jänner 2019 bestehende Angebot der wohnortnahen Beratung durch Pflege- und Sozialberaterinnen. Diese Fachkräfte unterstützen die pflegebedürftige Personen sowie deren Angehörige und erstellen für sie ein geeignetes Pflege- und Betreuungsangebot.

Der aktuelle Mangel an Fachkräften ist ein bundesweites Problem, das alle Bundesländer gleichermaßen betrifft. Durch die Covid-19-Krise wurde dieser Mangel aufgrund der Einreisebestimmungen noch verstärkt. Mehrere Tausend pflegebedürftige Personen im Burgenland sind derzeit auf die Hilfe aus Osteuropa angewiesen.

Um den Bedarf an Pflege- und Betreuungspersonal nachhaltig zu decken, braucht es ein weitreichendes Maßnahmenpaket, welches unter anderem folgende Ansätze enthalten sollte:

- Handlungsempfehlungen aus der Studie „Pflegepersonal-Bedarfsprognose für Österreich“ der Gesundheit Österreich GmbH
- verbesserte Arbeitsbedingungen
- gerechte Entlohnung mit einem Mindestlohn von €1.700 Euro netto bei 40 Stunden Wochenarbeitszeit
- ausreichend Ausbildungsplätze (innovativ planen und vorhalten) – beispielsweise die Durchlässigkeit des Ausbildungssystems zu verbessern.
- Pflegeberufe bekannt machen und die Attraktivität steigern
- unterschiedlichste Zielgruppen ansprechen und während der Ausbildung unterstützen - speziell Männer werden bei Pflege und Betreuung benötigt
- Informationsveranstaltungen, Praktika und Schnuppertage nachhaltig gestalten
- lebensgerechtes Arbeiten durch Kompetenz und Karriereentwicklung ermöglichen

Die Ansätze richten sich an zahlreiche Akteure, die Zuständigkeit liegt in den unterschiedlichsten Bereichen: Bund, Länder, Gemeinden, Trägerorganisationen, Sozialpartner, Berufs- und Interessensvertretungen sind gefordert. Das Land hat mit dem Zukunftsplan Pflege bereits eine Strategie ausgearbeitet und nimmt dadurch eine Vorreiterrolle in Österreich ein.

Dieser erfolgreiche Weg soll fortgeschritten werden, im Rahmen einer Arbeitsgruppe sollen Lösungsvorschläge zu den Bereichen Pflege und Betreuung, finanzielle Absicherung, Ausbildung, Versorgung und Qualität ausgearbeitet werden. Im Rahmen eines Pflegegipfels sollen die Ergebnisse vorgestellt werden und mit allen Akteuren im Burgenland weitere Schritte zur Sicherstellung der Pflege im Burgenland ausgearbeitet werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Ihre Bemühungen zur Absicherung der Pflege im Burgenland fortzusetzen, Konzepte zur nachhaltigen Sicherstellung der Pflege im Burgenland sollen in Arbeitsgruppen erarbeitet und umgesetzt werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge Rahmenbedingungen in der Privatwirtschaft, besonders im Bereich der Steuern schaffen, sodass ein fairer Lohn seitens der Kollektivverhandlungspartner von € 1700,- netto im Pflege und Sozialbereich, erzielt werden kann.